

Übereinkommen

über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen

Abgeschlossen in London, Moskau und Washington am 10. April 1972

Von der Bundesversammlung genehmigt am 26. Juni 1973²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 4. Mai 1976

In Kraft getreten für die Schweiz am 4. Mai 1976

(Stand am 30. August 2007)

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

entschlossen zu handeln, um wirksame Fortschritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einschliesslich des Verbots und der Beseitigung aller Arten von Massenvernichtungswaffen, zu erzielen, und überzeugt, dass das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer und bakteriologischer (biologischer) Waffen sowie ihre Beseitigung durch wirksame Massnahmen die Erreichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtern wird,

in Anerkennung der grossen Bedeutung des in Genf am 17. Juni 1925³ unterzeichneten Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege und eingedenk auch des Beitrags, den das genannte Protokoll zur Milderung der Schrecken des Krieges bereits geleistet hat und noch leistet,

in erneuter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen und Zielen jenes Protokolls und mit der an alle Staaten gerichteten Aufforderung, sich streng daran zu halten,

eingedenk dessen, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen wiederholt alle Massnahmen verurteilt hat, die im Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 stehen, in dem Wunsch, zur Festigung des Vertrauens zwischen den Völkern und zur allgemeinen Verbesserung der internationalen Atmosphäre beizutragen,

in dem Wunsch ferner, zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen beizutragen,

in der Überzeugung, dass es wichtig und dringend geboten ist, derart gefährliche Massenvernichtungswaffen wie diejenigen, die chemische oder bakteriologische (biologische) Agenzien verwenden, durch wirksame Massnahmen aus den Waffenbeständen der Staaten zu entfernen,

AS 1976 1438; BBl 1973 I 295

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 1976 1429

³ SR 0.515.105

in der Erkenntnis, dass eine Übereinkunft über das Verbot bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen einen ersten möglichen Schritt zur Erzielung einer Übereinkunft über wirksame Massnahmen auch für das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen darstellt, und entschlossen, auf dieses Ziel gerichtete Verhandlungen fortzusetzen,

entschlossen, im Interesse der gesamten Menschheit die Möglichkeit einer Verwendung von bakteriologischen (biologischen) Agenzien und Toxinen als Waffen vollständig auszuschliessen,

in der Überzeugung, dass eine solche Verwendung mit dem Gewissen der Menschheit unvereinbar wäre und dass alles getan werden sollte, um diese Gefahr zu mindern,

sind wie folgt übereingekommen:

Art. I

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens verpflichtet sich,

1. mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder – ungeachtet ihres Ursprungs oder ihrer Herstellungsmethode – Toxine, von Arten und in Mengen, die nicht durch Vorbeugungs-, Schutz- oder sonstige friedliche Zwecke gerechtfertigt sind, sowie
2. Waffen, Ausrüstungen oder Einsatzmittel, die für die Verwendung solcher Agenzien oder Toxine für feindselige Zwecke oder in einem bewaffneten Konflikt bestimmt sind,

niemals und unter keinen Umständen zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder in anderer Weise zu erwerben oder zu behalten.

Art. II

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens verpflichtet sich, alle in seinem Besitz befindlichen oder seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterliegenden Agenzien, Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Einsatzmittel im Sinne des Artikels I so bald wie möglich, spätestens jedoch neun Monate nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens, zu vernichten oder friedlichen Zwecken zuzuführen. Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels sind alle erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt zu beachten.

Art. III

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens verpflichtet sich, die in Artikel I bezeichneten Agenzien, Toxine, Waffen, Ausrüstungen oder Einsatzmittel an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Staat, eine Gruppe von Staaten oder internationale Organisationen weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, sie herzustellen oder in anderer Weise zu erwerben.

Art. IV

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens trifft nach Massgabe der in seiner Verfassung vorgesehenen Verfahren alle erforderlichen Massnahmen, um die Entwicklung, die Herstellung, die Lagerung, den Erwerb oder das Behalten der in Artikel 1 bezeichneten Agenzien, Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Einsatzmittel in seinem Hoheitsgebiet, unter seiner Hoheitsgewalt oder an irgendeinem Ort unter seiner Kontrolle zu verbieten und zu verhindern.

Art. V

Die Vertragsstaaten des Übereinkommens verpflichten sich, einander zu konsultieren und zusammenzuarbeiten, um alle Probleme zu lösen, die sich in bezug auf das Ziel oder bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens ergeben können. Die Konsultation und Zusammenarbeit aufgrund dieses Artikels kann auch durch geeignete internationale Verfahren im Rahmen der Vereinten Nationen und im Einklang mit deren Satzung erfolgen.

Art. VI

1. Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens, der feststellt, dass ein anderer Vertragsstaat durch sein Handeln die sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen verletzt, kann beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Beschwerde einlegen. Eine solche Beschwerde soll mit allen nur möglichen Beweisen für ihre Begründetheit sowie mit einem Antrag auf Prüfung durch den Sicherheitsrat versehen sein.

2. Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens verpflichtet sich zur Zusammenarbeit bei der Durchführung einer Untersuchung, die der Sicherheitsrat im Einklang mit den Bestimmungen der Satzung der Vereinten Nationen aufgrund der bei ihm eingegangenen Beschwerde gegebenenfalls einleitet. Der Sicherheitsrat unterrichtet die Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Ergebnisse der Untersuchung.

Art. VII

Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens verpflichtet sich, jeder Vertragspartei, die darum ersucht, im Einklang mit der Satzung der Vereinten Nationen Hilfe zu gewähren oder Hilfeleistungen zu unterstützen, falls der Sicherheitsrat feststellt, dass diese Vertragspartei als Ergebnis der Verletzung dieses Übereinkommens einer Gefahr ausgesetzt worden ist.

Art. VIII

Keine Bestimmung dieses Übereinkommens ist so auszulegen, als begrenze oder mindere sie in irgendeiner Weise die von einem Staat aufgrund des in Genf am 17. Juni 1925⁴ unterzeichneten Protokolls über das Verbot der Verwendung von

⁴ SR 0.515.105

erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege übernommenen Verpflichtungen.

Art. IX

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens bekräftigt das anerkannte Ziel des wirksamen Verbots chemischer Waffen und verpflichtet sich, hierauf gerichtete Verhandlungen in redlicher Absicht fortzusetzen, um eine baldige Übereinkunft zu erzielen über wirksame Massnahmen zum Verbot ihrer Entwicklung, Herstellung und Lagerung und zu ihrer Vernichtung sowie über geeignete Massnahmen in bezug auf Ausrüstungen und Einsatzmittel, die eigens für die Herstellung oder Verwendung chemischer Agenzien für Waffenzwecke vorgesehen sind.

Art. X

1. Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur Verwendung bakteriologischer (biologischer) Agenzien und von Toxinen für friedliche Zwecke zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, arbeiten ferner zusammen, um allein oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen zur Weiterentwicklung und Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen auf dem Gebiet der Bakteriologie (Biologie) zur Krankheitsverhütung oder zu anderen friedlichen Zwecken beizutragen.

2. Dieses Übereinkommen ist so durchzuführen, dass es keine Behinderung für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Vertragsstaaten des Übereinkommens oder für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet friedlicher bakteriologischer (biologischer) Tätigkeiten darstellt, einschliesslich des internationalen Austausches von bakteriologischen (biologischen) Agenzien und Toxinen sowie von Ausrüstungen für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung bakteriologischer (biologischer) Agenzien und von Toxinen für friedliche Zwecke im Einklang mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens.

Art. XI

Jeder Vertragsstaat kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Änderungen treten für jeden Vertragsstaat, der sie annimmt, nach ihrer Annahme durch eine Mehrheit der Vertragsstaaten des Übereinkommens in Kraft; danach treten sie für jeden weiteren Vertragsstaat am Tage der Annahme durch ihn in Kraft.

Art. XII

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder, wenn eine Mehrheit der Vertragsparteien des Übereinkommens durch einen an die Depositarregierungen gerichteten entsprechenden Vorschlag darum ersucht, zu einem früheren Zeitpunkt, wird in Genf (Schweiz) eine Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens zu dem Zweck abgehalten, die Wirkungsweise dieses Übereinkommens zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Ziele der Präambel und die Bestimmungen

des Vertrages, einschliesslich jener betreffend die Verhandlungen über chemische Waffen, verwirklicht werden. Bei dieser Überprüfung werden die für dieses Übereinkommen erheblichen neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen berücksichtigt.

Art. XIII

1. Die Geltungsdauer dieses Übereinkommens ist unbegrenzt.
2. Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens ist in Ausübung seiner staatlichen Souveränität berechtigt, von diesem Übereinkommen zurückzutreten, wenn er entscheidet, dass durch aussergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Übereinkommens zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen seines Landes eingetreten ist. Er teilt diesen Rücktritt allen anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drei Monate im voraus mit. Diese Mitteilung hat eine Darlegung der aussergewöhnlichen Ereignisse zu enthalten, durch die seiner Ansicht nach eine Gefährdung seiner höchsten Interessen eingetreten ist.

Art. XIV

1. Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. Jeder Staat, der das Übereinkommen nicht vor seinem nach Absatz 3 erfolgten Inkrafttreten unterzeichnet, kann ihm jederzeit beitreten.
2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- und die Beitrittsurkunden sind bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen; diese werden hiermit zu Depositarrregierungen bestimmt.
3. Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, sobald zweiundzwanzig Regierungen, einschliesslich derjenigen, die als Depositarmächte bestimmt sind, ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.
4. Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt werden, tritt es am Tag der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in Kraft.
5. Die Depositarrregierungen haben allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten unverzüglich den Tag jeder Unterzeichnung, den Tag der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, den Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens und den Erhalt sonstiger Mitteilungen bekanntzugeben.
6. Dieses Übereinkommen wird von den Depositarrregierungen nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen registriert.

Art. XV

Dieses Übereinkommen, dessen englischer, russischer, französischer, spanischer und chinesischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, ist in den Archiven der Depositarreregierungen zu hinterlegen. Diese übermitteln den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und der beitretenden Staaten gehörig beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen in drei Ausfertigungen zu London, Moskau und Washington am zehnten April neunzehnhundertzweiundsiebzig.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 30. August 2007⁵

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Afghanistan	26. März 1975	26. März 1975
Albanien	3. Juni 1992 B	3. Juni 1992
Algerien	28. September 2001 B	28. September 2001
Antigua und Barbuda	29. Januar 2003	29. Januar 2003
Äquatorialguinea	16. Januar 1989 B	16. Januar 1989
Argentinien	27. November 1979	27. November 1979
Armenien	7. Juni 1994 B	7. Juni 1994
Äthiopien	26. Mai 1975	26. Mai 1975
Australien	5. Oktober 1977	5. Oktober 1977
Bahamas	26. November 1986 B	26. November 1986
Bahrain	28. Oktober 1988 B	28. Oktober 1988
Bangladesch	12. März 1985 B	13. März 1985
Barbados	16. Februar 1973	26. März 1975
Belarus	26. März 1975	26. März 1975
Belgien	15. März 1979	15. März 1979
Belize	20. Oktober 1986 N	21. September 1981
Benin	25. April 1975	25. April 1975
Bhutan	8. Juni 1978 B	8. Juni 1978
Bolivien	30. Oktober 1975	30. Oktober 1975
Bosnien und Herzegowina	15. August 1994 N	6. März 1992
Botsuana	5. Februar 1992	5. Februar 1992
Brasilien	27. Februar 1973	26. März 1975
Brunei	31. Januar 1991 B	31. Januar 1991
Bulgarien	2. August 1972	26. März 1975
Burkina Faso	17. April 1991 B	17. April 1991
Chile	22. April 1980	22. April 1980
China	15. November 1984 B	15. November 1984
Hongkong	20. Juni 1997	26. März 1975
Costa Rica	17. Dezember 1973	26. März 1975
Dänemark	1. März 1973	26. März 1975
Deutschland	7. April 1983	7. April 1983
Dominikanische Republik	23. Februar 1973	26. März 1975
Ecuador	12. März 1975	12. März 1975
El Salvador	31. Dezember 1991	31. Dezember 1991
Estland	7. Juni 1993 B	7. Juni 1993
Fidschi	4. September 1973	26. März 1975
Finnland	4. Februar 1974	26. März 1975
Frankreich	27. September 1984 B	27. September 1984

⁵ Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (<http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intla/intrea/dbstv.html>).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Gabun	16. August	2007	16. August	2007
Gambia	7. Mai	1997	7. Mai	1997
Georgien	22. Mai	1996 B	22. Mai	1996
Ghana	6. Juni	1975	6. Juni	1975
Grenada	22. Oktober	1986 B	22. Oktober	1986
Griechenland	10. Dezember	1975	10. Dezember	1975
Guatemala	19. September	1973	26. März	1975
Guinea-Bissau	20. August	1976 B	20. August	1976
Heiliger Stuhl	7. Januar	2002 B	7. Januar	2002
Honduras	14. März	1979	14. März	1979
Indien	15. Juli	1974	26. März	1975
Indonesien	19. Februar	1992	19. Februar	1992
Iran	22. August	1973	26. März	1975
Irland	27. Oktober	1972	26. März	1975
Island	15. Februar	1973	26. März	1975
Italien	30. Mai	1975	30. Mai	1975
Jamaika	13. August	1975 B	13. August	1975
Japan	8. Juni	1982	8. Juni	1982
Jemen	1. Juni	1979	1. Juni	1979
Jordanien	30. Mai	1975	30. Mai	1975
Kambodscha	9. März	1983	9. März	1983
Kanada	18. September	1972	26. März	1975
Kap Verde	20. Oktober	1977 B	20. Oktober	1977
Kasachstan	15. Juni	2007 B	15. Juni	2007
Katar	17. April	1975	17. April	1975
Kenia	7. Januar	1976 B	7. Januar	1976
Kolumbien	19. Dezember	1983	19. Dezember	1983
Kongo (Brazzaville)	23. Oktober	1978 B	23. Oktober	1978
Kongo (Kinshasa)	16. September	1975	16. September	1975
Korea (Nord-)	13. März	1987 B	13. März	1987
Korea (Süd-)	25. Juni	1987	25. Juni	1987
Kroatien	28. April	1993 N	8. Oktober	1991
Kuba	21. April	1976	21. April	1976
Kuwait	18. Juli	1972	26. März	1975
Laos	20. März	1973	26. März	1975
Lesotho	6. September	1977	6. September	1977
Lettland	6. Februar	1997 B	6. Februar	1997
Libanon	26. März	1975	26. März	1975
Libyen	19. Januar	1982 B	19. Januar	1982
Liechtenstein	30. Mai	1991 B	30. Mai	1991
Litauen	10. Februar	1998 B	10. Februar	1998
Luxemburg	23. März	1976	23. März	1976
Malaysia	6. September	1991	6. September	1991
Malediven	1. Juli	1993 B	1. Juli	1993

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Mali	25. November 2002	25. November 2002
Malta	7. April 1975	7. April 1975
Marokko	21. März 2002	21. März 2002
Mauritius	7. August 1972	26. März 1975
Mazedonien	26. Dezember 1996 N	17. September 1991
Mexiko	8. April 1974	26. März 1975
Moldau	28. Januar 2005 B	28. Januar 2005
Monaco	30. April 1999 N	30. April 1999
Mongolei	5. September 1972	26. März 1975
Montenegro	9. Januar 2007 N	3. Juni 2006
Neuseeland	13. Dezember 1972	26. März 1975
Nicaragua	7. August 1975	7. August 1975
Niederlande	22. Juni 1981	22. Juni 1981
Niger	23. Juni 1972	26. März 1975
Nigeria	3. Juli 1973	26. März 1975
Norwegen	1. August 1973	26. März 1975
Oman	31. März 1992 B	31. März 1992
Österreich*	10. August 1973	26. März 1975
Pakistan	25. September 1974	26. März 1975
Panama	20. März 1974	26. März 1975
Papua-Neuguinea	27. Oktober 1980 B	27. Oktober 1980
Paraguay	9. Juni 1976 B	9. Juni 1976
Peru	5. Juni 1985	5. Juni 1985
Philippinen	21. Mai 1973	26. März 1975
Polen	25. Januar 1973	26. März 1975
Portugal	15. Mai 1975	15. Mai 1975
Ruanda	20. Mai 1975	20. Mai 1975
Rumänien	25. Juli 1979	26. Juli 1979
Russland	26. März 1975	26. März 1975
Salomoninseln	17. Juni 1981 N	7. Juli 1978
San Marino	11. März 1975	26. März 1975
São Tomé und Príncipe	24. August 1979 B	24. August 1979
Saudi-Arabien	24. Mai 1972	26. März 1975
Schweden	5. Februar 1976	5. Februar 1976
Schweiz*	4. Mai 1976	4. Mai 1976
Senegal	26. März 1975	26. März 1975
Serbien	13. Juni 2001	27. April 1992
Seychellen	11. Oktober 1979 B	11. Oktober 1979
Sierra Leone	29. Juni 1976	29. Juni 1976
Simbabwe	5. November 1990 B	5. November 1990
Singapur	2. Dezember 1975	2. Dezember 1975
Slowakei	17. Mai 1993 N	1. Januar 1993
Slowenien	7. April 1992 N	25. Juni 1991
Spanien	20. Juni 1979	20. Juni 1979

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Sri Lanka	18. November 1986	18. November 1986
St. Kitts und Nevis	2. April 1991 B	2. April 1991
St. Lucia	26. November 1986 N	22. Februar 1979
St. Vincent und die Grenadinen	13. Mai 1999 N	27. Oktober 1979
Südafrika	3. November 1975	3. November 1975
Sudan	17. Oktober 2003 B	17. Oktober 2003
Suriname	6. Januar 1993 B	6. Januar 1993
Swasiland	18. Juni 1991 B	18. Juni 1991
Tadschikistan	27. Juni 2005	27. Juni 2005
Taiwan (Chinesisches Taipei)	9. Februar 1973	26. März 1975
Thailand	28. Mai 1975	28. Mai 1975
Timor-Leste	5. Mai 2003 B	5. Mai 2003
Togo	10. November 1976	10. November 1976
Tonga	28. September 1976 B	28. September 1976
Trinidad und Tobago	19. Juli 2007 B	19. Juli 2007
Tschechische Republik	24. März 1993 N	1. Januar 1993
Tunesien	18. Mai 1973	26. März 1975
Türkei	25. Oktober 1974	26. März 1975
Turkmenistan	11. Januar 1996 B	11. Januar 1996
Uganda	12. Mai 1992 B	12. Mai 1992
Ukraine	26. März 1975	26. März 1975
Ungarn	27. Dezember 1972	26. März 1975
Uruguay	6. April 1981 B	6. April 1981
Usbekistan	2. Januar 1996 B	2. Januar 1996
Venezuela	18. Oktober 1978	18. Oktober 1978
Vereinigte Staaten	26. März 1975	26. März 1975
Vereinigtes Königreich	26. März 1975	26. März 1975
Gebiete unter territorialer Souveränität des Vereinigten Königreichs	26. März 1975 B	26. März 1975
Neue Hebriden (Kondominium Frankreichs und des Vereinigten Königreichs)	26. März 1975 B	26. März 1975
Vietnam	20. Juni 1980 B	20. Juni 1980
Zypern	6. November 1973	26. März 1975

* Vorbehalte und Erklärungen siehe hiernach.

Vorbehalte und Erklärungen

Österreich

Auf Grund der Verpflichtungen, die sich aus ihrer Stellung als immerwährend neutraler Staat ergeben, erklärt die Republik Österreich einen Vorbehalt in dem Sinne, dass ihre Mitarbeit im Rahmen dieses Übereinkommens nicht über die durch den Status der immerwährenden Neutralität und die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen gezogenen Grenzen hinausgehen kann.

Dieser Vorbehalt bezieht sich insbesondere auf Artikel VII dieses Übereinkommens sowie auf jede gleichartige Bestimmung, die diesen Artikel ersetzt oder ergänzt.

Schweiz

1. Da das Übereinkommen ebenfalls die für den Einsatz von biologischen Agenzien und Toxinen zu kriegerischen Zwecken bestimmten Waffen, Ausrüstungen oder Vektoren erfasst, können sich in seinem Anwendungsbereich Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben, da es kaum solche spezifischen Waffen, Ausrüstungen oder Vektoren gibt. Die Schweiz behält sich daher vor, selbst zu entscheiden, welche Hilfsmittel unter diese Begriffe fallen.

2. Im Hinblick auf die ihr aus dem Status eines immerwährenden neutralen Staates erwachsenden Pflichten ist die Schweiz gehalten, den allgemeinen Vorbehalt zu machen, dass ihre Mitarbeit im Rahmen dieses Übereinkommens nicht über den durch ihren Status gesetzten Rahmen hinausgehen kann. Dieser Vorbehalt bezieht sich insbesondere auf Artikel VII des Übereinkommens sowie auf jede analoge Klausel, welche diese Bestimmung im Übereinkommen (oder in einer anderen Vereinbarung) ersetzen oder ergänzen könnte.

